



UMU

Deutscher Elite- Mittelstandspreis 2011



Preisträger

Rainer Brüderle *MdB*

Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Deutschen Bundestag
und Bundesminister für
Wirtschaft und Technologie a.D.

**Union Mittelständischer
Unternehmen e.V. - UMU**

– Wir Eigentümerunternehmer –



Deutscher Elite- Mittelstandspreis 2011

Festschrift zur Preisverleihung
an Herrn Rainer Brüderle MdB
am 2. November 2011
in Berlin

Die UMU dankt den Sponsoren & Unterstützern:

- Würth-Group
- Roland Berger Strategy Consultants
- Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL
- Unternehmermagazin »impulse«
- BMW AG
- UFB:UMU Aktiengesellschaft



Deutscher Elite-Mittelstandspreis 2011 an Rainer Brüderle

Die Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU – Wir Eigentümerunternehmer verleiht jährlich den Deutschen Elite-Mittelstandspreis (UMU-Mittelstandspreis) an Persönlichkeiten des politischen Lebens, die sich besonders um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und die Belange des Mittelstandes verdient gemacht haben.

Mit dem Deutschen Elite-Mittelstandspreis des Jahres 2011 wurde am 2. November 2011 in Berlin der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und frühere Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle MdB geehrt.

UMU und Unterstützer würdigten damit Brüderles jahrzehntelanges politisches Engagement zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in Deutschland, angefangen bei seinem langjährigen Wirken als Wirtschafts-

minister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, über seine Zeit als Bundestagsabgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, bis hin zum Amt des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie und dem gegenwärtigen Vorsitz der FDP-Bundestagsfraktion.

Stets habe er die Politik zu mehr Verständnis und Berücksichtigung der Belange der Mittelständler angetrieben – nicht umsonst wird er in den Medien als „Mr. Mittelstand“ bezeichnet. Rainer Brüderle sei zudem ein herausragender Verfechter der klassischen Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft, die den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands begründet habe und stehe damit in der Tradition Erhards, Euckens oder Hayeks.

Die Preisverleihung an Rainer Brüderle wurde ideell unterstützt durch den Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. - ZDK, Bonn, die European Small Business Alliance - ESBA, Brüssel/London, den Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V. - BDWi, Berlin, den Deutschen Steuerberaterverband e.V. - DStV, Berlin, das Europäische Wirtschaftsforum e.V. - EWIF, München, den Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM, München, den Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, Bad Honnef, und den Verband Unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa e.V. - VOTUM, Hamburg. Damit stehen über 1 Million Klein- und Mittelbetriebe sowie Freiberufler mit über einer Million Mitarbeitern hinter der Auszeichnung von Rainer Brüderle.

Inhalt

- Die Preisübergabe
- 4 Begrüßung — UMU-Präsident Hermann Sturm
- 12 Begrüßung — Manfred Kurz, Würth Haus Berlin
- 18 Laudatio — Prof. Dr. h. c. Roland Berger
- 26 Laudatio — Kanzleramtsminister Ronald Pofalla
- 30 Replik des Preisträgers — Rainer Brüderle
- 42 Die Träger des Deutschen Elite-/UMU-Mittelstandspreises



v.l. UMU-Präsident Hermann Sturm, Träger des Deutschen Elite-Mittelstandspreises 2011 Rainer Brüderle, Gastgeber Manfred Kurz, Leiter Würth Haus Berlin



Preisträger Rainer Brüderle mit seinen beiden Laudatoren Bundesminister Ronald Pofalla (li.) und Prof. Dr. h. c. Roland Berger

Begrüßung durch Hermann Sturm, Präsident UMU

Im Namen des Präsidiums der Union Mittelständischer Unternehmen e. V. - UMU – Wir Eigentümerunternehmer, meiner Kollegen Dr. Ingo Friedrich und Hans Straub und von Herrn Prof. Dr. Roland Berger darf ich Sie alle ganz herzlich im Hause Würth begrüßen:

Sehr verehrter Herr Brüderle,
sehr geehrter Herr Minister Pofalla,
sehr verehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung Ernst Burgbacher,

den Gastgeber und Hauptsponsor
Herrn Robert Friedmann, Sprecher
der Würth-Gruppe

unsere früheren Mittelstandspreisträger:
Herr Senator a.D. Gunnar Uldall
Dieter Althaus, Ministerpräsident a. D.

aus dem Deutschen Bundestag:
Frau Marie-Luise Dött, Präsidentin des Bundes
katholischer Unternehmer

Herr Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister
von Berlin a. D.
Herr Staatssekretär Dr. Bernhard Heitzer, Bundesministerium
für Wirtschaft und Technologie

Diplomatisches Corps:

I. E. Gabriela von Habsburg,
Botschafterin von Georgien

Herren Botschafter:

S. E. Vladimir M. Grinin, Russische Förderung
S. E. Rafael Dezcallar de Mazarredo, Spanien
S. E. Michele Valensise, Italien
S. E. Marnix Krop, Niederlande

Konsularisches Corps:

Frau Bettina Adenauer-Bieberstein, Island

Unsere Sponsoren:

Herr Chefredakteur Dr. Nikolaus Förster
von unserem Medienpartner Unternehmer-
magazin »impulse«
Herr Hans-Reiner Schröder, BMW AG
Herr Norbert Plachta von der UFB:UMU AG

sowie auch die Repräsentanten unserer Unter-
stützer-Verbände – die Präsidenten:
Robert Rademacher, Zentralverband Deutsches
Kraftfahrzeuggewerbe
Werner Küsters, Bundesverband der Dienst-
leistungswirtschaft
Hans-Christoph Seewald, Deutscher Steuer-
beraterverband e.V.

Wolfgang Leiber, VOTUM Verband Unabhängiger
Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa
August Forster vom Bundesverband Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau
Hans-Werner Zeschky, Bundesverband Deut-
scher Mittelstand e.V. - BM
Aufsichtsrat Rolf Leuchtenberger, Europäisches
Wirtschaftsforum e.V. - EWIF – Deutschland
Vizepräsident Dieter Ibielski vom European
Small Business Alliance ESBA

– unsere Unterstützerverbände vertreten zu-
sammen über eine Million Klein- und Mittel-
betriebe sowie Freiberufler in Europa, mit über
5 Mio. Mitarbeitern –
und die Präsidenten, Vizepräsidenten, Vorstände
und Geschäftsführer unserer angeschlossenen
und verbundenen Verbände, Senatoren und
Senatorin

aus der Wirtschaft:

Dr. Hans-Joachim Rauscher,
Vorstand der Nürnberger Beteiligungs-AG
Frau Catherine von Fürstenberg-Dussmann,
Dussmann Stiftung
Frau Alexandra Oetker
als jüngstes liberales Urgestein



Frau Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos,
Chairwoman of the Board, Chief Executive
Officer EAG European Advisory Group
Dr. Martin Fritz, Fürst Fugger Privatbank
Herr Dr. Ulrich Schröder, KfW-Bankengruppe
Herr Hans-Jürgen Bartsch, Ehrenpräsident
der Deutschen Olympischen Gesellschaft,
Landesverband Berlin
unser China-Berater Herr Dr. Martin Posth

sowie die ehemaligen Staatssekretäre
Dr. Bernd Pfaffenbach
Jürgen Chrobog, Chef der BMW-Stiftung
Dr. Jürgen Sudhoff
die für uns zuständigen Beamten des Kanzler-
amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums:
Ministerialdirigent Horst Claßen
Ministerialdirektor Dr. Eckhard Franz

und den UMU-Präsidialbeirat Ministerial-
direktor a. D. Dr. Friedrich Homann
und unseren Berater des Präsidiums Ministerial-
direktor a. D. Dr. Matthias Schürgers

für Europa:

stellv. Generaldirektor Herr Dr. Strohmeier
von der EU-Kommission
Herr Ulrich Benterbusch, Director of
Global Energy Dialogue

für Kunst, Wissenschaft und Stiftungen:

Herr Dr. Tessen von Heydebreck,
Vorsitzender Deutsche Bank Stiftung
Herr Intendant Prof. Ernst Eitz,
Deutschland Radio Berlin
Herr Prof. Friedrich Wagner, Kernfusionsforscher
Herr Prof. Dr. Alfred Gossner,
Fraunhofer Gesellschaft München.



Liebe Medienvertreter, liebe Mitglieder und Gäste, liebe Freunde aus Kunst, Wissenschaft, Stiftungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich und danke Ihnen, dass Sie alle gekommen sind, um den Bundesminister a. D. und heutigen Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Rainer Brüderle, mit dem Deutschen Elite-Mittelstandspreis 2011 zu ehren.

Zur Einstimmung darf ich Ihnen ein Zitat wiedergeben:

„In der Zeit, in der wir leben, ist in (ganz Griechenland) die Zahl der Kinder, überhaupt der Bevölkerung, in einem Maße zurückgegangen, dass die Städte verödet sind und das Land brachliegt, obwohl wir weder unter Kriegen von längerer Dauer noch unter Seuchen zu leiden hatten (...), weil die Menschen der Großmannssucht, der Habgier und dem Leichtsinns verfallen sind, weder mehr heiraten, noch, wenn sie es tun, die Kinder, die ihnen geboren werden, großziehen wollen, sondern meist nur eins oder zwei, damit sie im Luxus aufwachsen und ungeteilt den Reichtum ihrer Eltern erben, nur deshalb hat das Übel schnell und unvermerkt um sich gegriffen.“

Polybios, griechischer Historiker, 2. Jahrhundert vor Christus

Dies als historische Anekdote zu früheren Problemen – wiederholt sich nicht vieles?

Dank an das Haus Würth für die großzügige Bewirtung in Ihrem Hause. Herr Kurz vom Hause Würth ist sehr traurig darüber, dass Sie die Kunstwerke, das Gebäude und das Terrassenambiente dieses Wannseejuwels beim Empfang aus Jahreszeitengründen nicht so erleben konnten, wie sonst immer.

Genießen Sie den heutigen Abend mit uns!

Sehr geehrter Herr Brüderle, sehr verehrter Herr Bundesminister Pofalla, lieber Herr Prof. Berger, meine Damen und Herren,

ich möchte ausdrücklich Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel für Ihre geplante Teilnahme an diesem Termin danken. Wie Sie wissen, ist sie durch den gestern vereinbarten EU-Sondergipfel in Cannes heute verhindert. Herzlichen Dank an Sie Herr Bundesminister Pofalla, dass Sie Ihre Chefin hier vertreten und dass Sie, Herr Brüderle, uns die Ehre geben hier zu sein.

Nun zum deutschen Mittelstand: Lieber Herr Brüderle, für Ihren Amtsvorgänger als Bundeswirtschaftsminister, Prof. Ludwig Erhard, war der Mittelstand:

Das Rückgrat der Wirtschaft und der Sauerkeit der sozialen Marktwirtschaft.

Ludwig Erhard hat mit maßvoller Steuerpolitik, maßvollen Abgaben, wenig Vorschriften und kartellbrechenden Wettbewerbsregeln den Unternehmensegeist erweckt, und hat damit das deutsche Wirtschaftswunder geschaffen. Diese Fakten und dieselbe Mixtur gelten auch noch heute.

Bewahren wir uns das Erbe von Ludwig Erhard.

Wir haben durch die mittelständische Wirtschaftsstruktur einen großen Vorteil gegenüber den anderen EURO-Staaten.

Euro

Das Thema Euro – hier sind wir ein Verband, der keine neuen Ratschläge erteilt, nur unsere Forderungen mitteilt:

Der deutsche Mittelstand braucht den stabilen EURO.

Der Euro muss stabil bleiben, denn unsere Währung ist nur durch Leistung hinterlegt und nicht durch Gold. Wir müssen alle im Euroraum jedes Jahr die Substanz unseres Geldes neu erarbeiten.

Wir sind jetzt mehr als wachgerüttelt. Die Maastricht-Kriterien müssen alsbald im EU-Vertrag von Lissabon verankert werden – ohne wenn und aber – vielleicht leistungsspezifisch je Teilnehmerland nachjustiert - eingehalten und mit automatischen Sanktionen belegt werden, bis zur Insolvenz eines Staates. Nur so kommen wir zu der gewünschten und notwendigen Stabilität und dem Vertrauen der Märkte.

Wir haben ja alle unsere leidigen eigenen „griechisch-spezifischen“ Erfahrungen mit dem Länder-Finanzausgleich gemacht, ohne klare Vorgaben und wegen der Unbefristung läuft leider nichts. Als Musterbeispiel dürfen wir die neuen Bundesländer aufführen, die alle ohne Ausnahme ihre Finanzen in 20 Jahren in Ordnung bringen konnten.

Was für die Euro-Rettung und -stabilisierung richtig ist und wahr, können wir als Verband nicht beurteilen, die Informationsflut jedoch führte zu einer großen Verunsicherung in der Bevölkerung und auch bei uns im Mittelstand.

Jedoch bereits im Mai 2010 erklärte Prof. Sinn in München: Griechenland ist pleite!!

Die Währung sollte auch aus dem normalen Regierungsverhandlungen im EU-Ministerrat herausgehalten werden, denn nur so bleibt das Instrument unabhängig. Wenn wir den EFSF-Schirm nehmen, so ist unser Haftungs-Anteil so groß wie der der 13 kleinsten EURO-Staaten zusammen. Auch die anderen großen EURO-Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien haben große Verpflichtungen übernommen, aber wir haben alle noch nicht eingezahlt.

Auf Dauer ist ein Kern-Euro der leistungsfähigen Staaten wichtiger, als eine Aufweichung durch Staaten, die die Erfordernisse nicht erbringen. Ein anderer großer Wirtschaftsraum USA-Kanada-Mexiko hat auch keine eigene Währung.

Auch die Targetfinanzierungskredite in Höhe von ca. 450 Mrd. Euro sollten der Öffentlichkeit erläutert werden, und wer diese im Notfall bezahlen muss.

Für einen stabilen EURO ist ein einheitliches Steuersystem und auch ein Ausgabenraster z. B. die Rentensysteme unerlässlich, wenn es nicht zu Verwerfungen kommen soll. Auch die Wirtschaftsordnungen der EURO-Staaten müssen angeglichen werden. Kein EU-Staat legt seinen Unternehmen so viel Steine in den Weg, wie z. B. Griechenland. Lt. einer Weltbankstudie hat Griechenland Platz 100 von 185 Ländern noch hinter Ghana, Namibia und Mongolei, Italien hat Rang 87. Deutschland Rang 19.

Rechenfehler

Der positivste in der deutschen Geschichte. 55 Mrd. EURO Rechenfehler bei der Bad Bank – solches Verhalten ist im Mittelstand unbekannt. Wir haben unsere Zahlen täglich im Griff und auch im Kopf, obwohl wir langfristig denken. Die Finanzaufsichtsgremien versagten wohl ähnlich wie bei den ABS-Papieren. Wer hat die Vorstände und Aufsichtsräte bei HRE und FMS bestellt? Auch die Rolle der Wirtschaftsprüfer muss geprüft werden.



Bürokratieabbau

Wir wünschen uns einen Kahlschlag a la Stoiber-Vorschläge – keine Publikationspflicht für kleine KMU's.

Auch z. B. die Aufbewahrungspflicht für Buchhaltungsunterlagen und Belegen würde bei einer Reduzierung von 10 Jahren auf 5 Jahre den Firmen über 3 Mrd. einsparen.

Mindestlohn

Nein Danke – wenn ja, brauchen wir auch einen Mindestgewinn für die verpflichteten Kleinunternehmer. Deutschland muss attraktiv bleiben. Wo ist denn die Zuwanderungsflut aus den osteuropäischen Staaten geblieben?

Energiewende

Wir müssen mit den Gegebenheiten des AKW-Ausstieges leben und teilen unsere Sorgen mit:

Die Energiepreise müssen für unseren Mittelstand stabil bleiben, da wir im europäischen Wettbewerb stehen und in vielen Branchen die Leistungsfähigkeit davon abhängt und wir nicht Betriebsverlagerungen ins Ausland befürworten.

Mehr Sorge bereitet uns auch der Energietransport von neuen Energien innerhalb unseres Landes. Die rechtlichen Probleme für neue Leitungsführungen und der damit verbundene Verhinderungszeitraum lässt u. E. eine sichere Energieversorgung bis 2020/22 nicht darstellen. Wir sollten mit Ausnahmeregelungen durch Bundestag und die EU in der Nähe der bisherigen KKW-Standorte neue fossile Kraftwerke errichten, damit wären wir einige Sorgen los.

Wichtig für uns, und da sind wir Trommler seit Jahrzehnten, ist die Förderung der Kernfusionsforschung, damit unsere Kinder wirklich von Brennstoffimporten für die Energieerzeugung unabhängig werden und wir diese enorme Kostenbelastung los sind.

Seltene Erden und Rohstoffversorgung bedürfen einer wichtigen Betrachtung und fordern neues Handeln.

Finanz- und Steuerwesen

Wir brauchen solides Wachstum bei stabilen Einnahmen.

Die Bundesregierung hat 2009 gleich nach der Wahl einige Steueränderungen umgesetzt und bei den Hotels eine notleidende Branche unterstützt, wir hätten gerne die Restaurants miteingeschlossen gehabt. Dank an die Herren Abgeordneten Burgbacher und Hinsken, die hier dem deutschen Mittelstand sehr geholfen haben.

Wehren wir uns vor sogenannten Steuerpharisäern, die laut gegen diese Änderungen polemisieren, aber die angeblich fehlenden 12 % Mehrwertsteuer bei ihren Privatübernachtungen nicht separat an das Bundesamt für Finanzen abführen.

Wer führen will, sollte Vorbild sein.

Die Steuerreform für die kleinen Leistungsträger Deutschlands muss bis 60.000 EURO Einkommen umgesetzt werden, gleichzeitig müssen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden. Bei Einkommen über 60.000 EURO bedarf es derzeit keinen Nachlasses, so ist die unsägliche Progressionsdiskussion vom Tisch.

Unser Staat braucht bei den Steuern ein grundsätzlich neues vereinfachtes Steuersystem.

Eine Kommission aus sechs Länderfinanzministern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen hat zusammen mit führenden Experten der Steuerberatern, auch dem früheren Verfassungsrichter und heutigen Präsidenten des Bundesfinanzhofes, Herrn Prof. Mellinghof, unter Führung von Prof. Paul Kirchhof eine neues Bundessteuergesetzbuch erarbeitet, dass die Grundlage eines neuen europäischen Steuerrechtes darstellt. Aus über 33.000 Paragraphen wurden 146.

Laut Ermittlung der EU-Kommission führen einzelnen Euro-Staaten die Sollbesteuerung wie folgt durch:

Je zu erhebenden € 100,- werden tatsächlich bezahlt (ca. Angaben):

- Deutschland € 93,-
- Frankreich € 55,-
- Italien € 27,-

Für Griechenland möchte ich keine Zahl nennen.

D. h., der EURO muss von allen Staaten der EURO-Länder in ihre Haushalte gleich eingespeist werden, und um eine Steuerharmonisierung in bestimmten Bereichen kommen wir nicht herum.

Beispiel Mehrwertsteuer (vereinfacht):

In Deutschland werden in 2011 ca. 1 Billion Euro MwSt. in Rechnung gestellt, der Staat erhält jedoch nur ca. € 200 Milliarden, d. h. 800 Milliarden Euro sind ein sogenanntes Nullnummernspiel und werden unter den Firmen bezahlt und verrechnet. Nur die Steuerlast des Endverbrauchers wird abgeführt. Dies gibt Möglichkeiten zu Manipulationen, z. B. sogenannte Karussellgeschäfte. Der Schaden alleine in Deutschland wird auf € 41 Milliarden pro Jahr geschätzt.

Wenn künftig diese 800 Mrd. MwSt nicht mehr in Rechnung gestellt und bezahlt werden, sondern über spezielle Konten verrechnet werden, so hätten wir geschätzte 30 - 40 Mrd. MwSt-Mehreinnahmen, d. h., dass man die MwSt. bei einer Vereinfachung auf einen Satz von 12 - 14% senken könnte.

Ähnlich bei anderen Vereinfachungen und Pauschalierungen könnten wir das Steuerrecht zukunfts-fest und richtungsweisend für Europa gestalten.

Die Kommission unter Paul Kirchhof hat hier die „Hausaufgaben des Bundesfinanzministeriums“ der letzten 30 Jahre gemacht.

Denn wir brauchen liberale Vorgaben, so wie sie Herr Brüderle in seiner Amtszeit angestoßen hat, aber mit Kontrolle und Ausschluss von Manipulationsmöglichkeiten.

Die Frage eines einheitlichen Steuersatzes für die Körperschaftssteuer von 25 % (die 15 % heute dienen eigentlich vorrangig nur Ausländern) und dazu eine kommunale Zuschlagssteuer sind sinnvoll, wenn hinterher die ausgeschütteten Beträge nicht nochmals versteuert werden müssen. Eine ähnliche Flattax ist bei den Kapitaleinkommen jetzt schon vorhanden.

Auch zahlen 10 % der Steuerzahler mit den höchsten Jahreseinkommen (beginnend bei ca. 90.000 Euro) 50 % des gesamten Einkommensteueraufkommens. Aber was vergessen wird, diese Steuerzahler werden gegenwärtig mit ca. 23 % Realsteuersatz belastet (Quelle Bundesanstalt für Politische Bildung) – ergo könnte der Staat mit einem einheitlichen Steuersatz von 25 % doch gut leben.

Nun, wir könnten noch länger damit fortfahren. Das Wissenschaftliche Werk dieser Kommission sollte – da ja praxisorientiert – unverzüglich diskutiert werden und wenn möglich alsbald – am besten 1:1 – umgesetzt werden.

Mit dieser Reform bekämen wir auch die künftigen demografischen Lasten besser in den Griff.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Manfred Kurz, Leiter Würth Haus Berlin, begrüßt Gesa und Klaus D. Vogt, New Rochelle/USA und Berlin



v.l. Manfred Kurz, Leiter Würth Haus Berlin, UMU-Präsident Hermann Sturm, Preisträger Rainer Brüderle



v.l. Gunnar Uldall, Senator für Wirtschaft in Hamburg a.D., Präsident des Bundesverbandes Internationaler Express- und Kurierdienste e.V., UMU-Preisträger 1995, Hamburg, Dieter Althaus, Ministerpräsident a.D. Deutscher Elite-Mittelstandspreisträger 2006, Heiligenstadt, Eberhard Dieppen, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.



v.l. Der spanische Botschafter in Berlin S.E. Rafael Dezcallar de Mazarredo und S.E. Michele Valensise, Botschafter der Italienischen Republik in Berlin, im Gespräch mit Prof. Dr. h.c. Roland Berger



v.l. Lütze von Wurmb, Vizepräsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, Uetersen, Rainer Brüderle, August Forster, Präsident BGL, Bonn, Helmut Schingen, Vizepräsident BGL, Petschow



v.l. Jette Joop, Jette Joop Europe GmbH, Hamburg, Benedikt Graf von Dürkheim-Montmartin, Rheinbraun Brennstoff GmbH, Aufsichtsrat SIGNA Property Funds Deutschland AG, Berlin, Rainer Brüderle



Robert Rademacher, Präsident Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Bonn (re.), im Gespräch mit Rainer Brüderle und Prof. Dr. h.c. Roland Berger



v.l. UMU-Präsident Hermann Sturm und Dr. Hans-Joachim Rauscher, Vorstand der NÜRNBERGER Beteiligungs-AG, Nürnberg



v.l. Eberhard Dieppen, früherer Regierender Bürgermeister von Berlin, Dr. Ingo Friedrich, Exekutivpräsident der UMU, Ehrenmitglied des Europaparlaments, Gunzenhausen, S.E. Vladimir M. Grinin, Botschafter der Russischen Föderation in Berlin, Rolf-Roger Hoepfner, Präsident Deutscher Finanzierungs- und PPP Beratungsverband für die öffentliche Hand e.V., Berlin



Hildegard Thiemann, Berlin und Robert Friedmann, Sprecher der Konzernführung der Würth-Gruppe, Künzelsau



v.l. Dr. Hermann J. Kurth, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V., Bad Honnef, Ernst Burgbacher MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie BMWi und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung, Dr. Armgard Wippler, Ministerialrätin im BMWi, Berlin, Dr. Eckhard Franz, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Mittelstandspolitik im BMWi, Berlin



v.l. Jürgen Chrobog, Staatssekretär des Auswärtigen a.D., Vorstandsvorsitzer der BMW Stiftung, Berlin und Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie a.D., Berlin

Begrüßung durch Manfred Kurz Leiter Würth Haus Berlin

Lieber Rainer Brüderle,
verehrte Damen, meine Herren,

sehr herzlich begrüße ich Sie im Würth Haus Berlin, der Hauptstadtrepräsentanz der Würth-Gruppe. Und das tue ich in mehrfacher Hinsicht sehr gerne.

Zum einen, weil eine Preisverleihung nicht unbedingt zu den lästigen Aufgaben zählt, zum anderen, erst recht nicht, wenn es sich um einen Wirtschaftspreis, und obendrein, wenn es sich bei dem Preisträger um Rainer Brüderle handelt. Mit großer innerer Zustimmung treten wir dabei in Partnerschaft mit der Union Mittelständischer Unternehmen als Gastgeber auf. Die bacchantische Einfärbung dabei ist, dass Rainer Brüderle aus dem „weinnahen“ Rheinland-Pfalz kommt; nach meiner Kenntnis das einzige Bundesland, das ein Ministerium für Weinbau unterhält. Das soll man nicht kleinreden, auch wenn sich damit ein Produkt, ein Geschenk der Natur und Kultur verbindet, dessen Gelingen sich dem Einfluss der Politik entzieht. Wenn Sie so wollen, ist im Wein Liberalismus in seiner freudvollsten Ausprägung zu sehen. Und Freude ist in diesen Zeiten weiß Gott gut zu gebrauchen.

Das passt zu dem Ort, an dem wir uns heute versammeln, das Würth Haus Berlin. Es ist das Haus von Kaufleuten, von Württemberger Liberalen, was man nicht zwingend in einem Parteisinne verstehen muss. Jedoch sind Namen wie Theodor Heuss, Reinhold Maier oder Ralf Dahrendorf als Vertreter des württembergischen Liberalismus für uns bei Würth feste Größen. Es verbindet sich damit die Orientierung an bürgerlicher Freiheit, an der zivilen und unternehmerischen Unabhängigkeit vom Staat. Ein veritabler Exportschlager unseres Bundeslandes in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Der »benefit« daraus sind wirtschaftliche Prosperität, bürgerlicher Wohlstand und Weltläufigkeit. Dabei gänzlich unabhän-

gig von staatlichen Leistungsversprechen. Das ist nicht wenig.

Verehrte Damen, meine Herren, Aufgabe von Politik ist Freiheit. Politik ist prinzipiell zunächst nicht zuständig: Dieser Forderung müssen sich Befürworter staatlichen Handelns erst einmal stellen. Dem Staat bleibt die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass Glücks- und Wohlstandsvorstellungen verschiedener Menschen nebeneinander bestehen können. Schließlich sind solche Vorstellungen immer auf den Einzelnen und seine Familie bezogen. Niemand hat das Recht, jemanden dazu zu zwingen, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu sein und seine Wohlfahrt zu verbessern – kein Mensch, keine Gruppe, keine demokratisch gewählte Mehrheit, keine Regierung und auch kein Staat.

Angela Merkel hat einmal bemerkt: *„Ein im Westen aufgewachsener Bürger, der 1989 fähig gewesen wäre, Deutschland so zu betrachten, wie jemand, der in Dresden aufgewachsen ist, würde sich wundern, wie nahe wir den Idealen des Sozialismus gekommen sind.“* Damit hat sie wohl leider Recht. Da wir uns selbst Kapitalisten nennen und immer noch von anderen so beschimpft werden, fällt es uns bloß nicht auf.

Und wie weit wir uns von dem Ideal der zivilen Unabhängigkeit vom Staat entfernt haben, mit welcher tagtäglichen Gängelung diese Gesellschaft gehalten wird, können wir auch daran erkennen, dass es keinen einzigen Lebensbereich mehr gibt, der nicht von der Politik, ob national oder supranational, reglementiert und legislativ gefasst wird. Ausgenommen Kindergeburtstage, aber auch nur dann, wenn man auf das Abschießen von Tischfeuerwerken verzichtet, denn selbstverständlich gilt es auch dabei, gesetzliche Regelungen strikt zu beachten.

Der paternalistische, der Vater Staat, hat die Nei-

gung perfektioniert, seine Bürger zu infantilisieren, sie wie Kinder zu behandeln, die dringend an die Hand genommen und erzogen werden müssen. Das geht zwischenzeitlich so weit, dass uns die Europäische Kommission vorgibt, welche Glühbirnen wir einzuschrauben haben. Darauf haben wir nicht dringend gewartet.

All das geschieht nicht zentral gesteuert, vielfach unreflektiert. Gleichwohl erzeugt der politisch-bürokratisch-intellektuelle Komplex in Europa eine sich selbst verstärkende, teils subtile, teils offenkundige Staatszuneigung: Die Regierung kann etwas tun, die Regierung soll etwas tun, die Regierung muss etwas tun.

- Finanzkrise – mehr Regulierung soll helfen
- Umweltkrise – der Ausbau der alternativen Energien und Häuserdämmung soll die Erde abkühlen
- Sozialkrise – der Staat soll das Ausländer- und Integrationsproblem lösen, das er selbst verursacht hat. Zugleich sollen die Regierungen eine erklärtermaßen immer stärker um sich greifende Armut bekämpfen, für gerechte Löhne sorgen, strauchelnde Unternehmen der Automobilindustrie, des Finanzsektors, der Baubranche retten, auch vor ausländischer Übernahme. Die Regierung soll für mehr Babys sorgen und für weniger Arbeitslose, für mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Ungleichheit, für mehr Kindergartenplätze und weniger Männer in Vorständen oder Aufsichtsräten.

Dabei wäre weniger Regulierung mehr. Viele der rund achtzigtausend Gesetze, Rechtsbefehle und Vorschriften, die ein deutscher Bürger heute tagtäglich einhalten muss, widersprechen dem gesunden Rechtsempfinden. Und die Gesetze werden nicht dadurch besser, dass sie von einer Mehrheit gegen eine Minderheit beschlossen wurden. Die große liberale Idee, dass sich die Gesellschaft überwiegend selbst regeln kann, dass die miteinander





verbundenen Menschen ihr Leben ganz überwiegend selbst regeln können, ist im 20. Jahrhundert verschüttet worden. Die Entmündigung der Bürger verbindet sich damit.

Dies erleben wir auf geradezu dramatische Weise in der europäischen Staatsschuldenkrise. Es werden hektisch Beschlüsse gefasst, die die Generation heute noch nicht Wahlberechtigter, noch nicht einmal Geborener mit in Haftung nimmt. Für Politikversagen und nicht für Marktversagen. Wir haben nicht im Kapitalismus gelebt, und dieser hat auch nicht zum Desaster geführt. Es war die Politik, die über zehn Jahre hinweg hellenische Statistiken mit wohlwollender Vernachlässigung akzeptierte. Es war die Politik, die Millionen amerikanischer Bürger zu Bungalows und Villen verhalf. Und die Federal Reserve Bank hat dazu das Geld gedruckt. Der Scherbenhaufen ist grandios, Politik wirkt dabei krisenverschärfend.

Sehr hoffe ich, dass wir die nächsten Jahre noch hinreichend Gelegenheit haben werden, Wirtschaftsprise zu verleihen. Erst recht, wenn es damit gelingt, dem Liberalismus, der Stärkung der Marktregeln zu mehr Geltung zu verhelfen. Denn wissen Sie: Man kann ja viel machen, nur, Politik gegen Adam Riese ist nicht möglich. Einen beeindruckenden Beleg dafür liefert dieser Tage, wenn auch unfreiwillig, die Hypo Real. Und das gleich in 55-facher Milliardenhöhe.

Verehrte Damen, meine Herren, ich habe wirkliche und große Sorge, dass wir gerade dabei sind, unsere Kinder zu verlieren. Was wollen wir Ihnen auch noch über Europa erzählen, und wie wollen wir sie für die große Europäische Idee zurückgewinnen, wenn wir deren Zukunft gefährden? Unsere Kinder verabschieden sich gegenwärtig von unserem Handeln. Sie rennen uns davon.

Und ich weiß wovon ich spreche. Wenn ich zusammen mit meinen Kindern und deren gleichaltrigen Freunden beim Abendessen sitze, hat das eher mit einer Schlacht als mit geregelterm Abendessen zu tun. Und beim Frühstück geht's gleich weiter.

Weil sie bemerken, dass momentan mit schockierenden Geldmengen lediglich Normalbetrieb simuliert wird. Sie ahnen, dass eine Währung mehr ist, als bloß Geld. Sie bemerken, dass die Artikel 122-126 Lissabonvertrag, schwach ausgedrückt, so zu recht gebogen werden, dass sie eben noch so von Karlsruhe als mit unserer Verfassung konform gewertet werden können. Sie beobachten, dass Grundsatzdebatten zum europäischen Selbstverständnis mit Fraktionszwang beendet werden. Sie wehren sich gegen das Erpresserische, das der erklärten Alternativlosigkeit innewohnt. Sie entlarven eine Sprache der Politiker, die mehr kaschiert als klärt. Und sie erkennen umgekehrt ganz genau, dass wir keine politische Antwort haben, etwa auf die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in Spanien. Darauf aber haben sie ein Recht. Wir tun gut daran, diesem Recht den angemessenen Ernst entgegen zu bringen.

Auf der Ausbeutung der Gegenwart auf Kosten der Zukunft resultiert das große Illusionstheater, das die Politik gerade vorführt. Das pausenlose Aufspannen irgendwelcher Rettungsschirme unter dem Scheinargument der Alternativlosigkeit besteht ja in nichts anderem als in der Erfindung von immer neuem Geld zur bloßen Simulation eines funktionierenden Normalbetriebs. Vom Normalbetrieb jedoch sind wir weiter entfernt denn je.

Verehrte Damen, meine Herren, was beim ersten Hinhören an einen Kalauer erinnert, trifft bei einem zweiten Nachdenken den Kern der Sache, wenn ich frage: „Was ist ein Europäer?“ – und antworte: „Ein Europäer ist ein Amerikaner, der sich nicht aufs Schiff getraut hat!“

Dabei hat sich die Wirtschaft, haben sich die Unternehmen längst schon nicht bloß aufs Schiff getraut, sondern nehmen kontinuierlich Fahrt auf. Wenn Sie mir dabei an dieser Stelle gestatten, das Unternehmen Würth beispielhaft anzuführen, kann ich Ihnen davon berichten, dass wir bereits 1962 mit der Gründung von Würth Niederlande unser Geschäft europäisiert, und weiter Schlag auf Schlag internationalisiert haben. Bis heute aktuell mit gut 65.000 Mitarbeitern in 412 Einzelgesellschaften in 84 Ländern der Welt. Tendenz steigend.

Was an dieser Stelle notwendig macht, auf den Sprecher der Konzernführung der Würth Gruppe, Herrn Robert Friedmann, aufmerksam zu machen, der heute zu uns in die Berliner Repräsentanz gekommen ist. Es ist bemerkenswert, wie er und die Kollegen im Management es verstehen, das Unternehmen weiter zu treiben, weit über die EU hinaus mit allen sozialen und gesellschaftlichen Segnungen verbunden, die die Schaffung von Arbeitsplätzen an den jeweiligen Standorten mit sich bringt. Gerechnet von August 2010 bis August 2011 ist den Kollegen das Kunststückchen von über 5.000 Neueinstellungen gelungen.

Alles was ich Ihnen eben zu Würth gesagt habe, tat ich nicht, damit die Luft scheppert. Wissen Sie, davon erzähle ich Ihnen, weil darin mehr konkreter Fortschritt zu sehen ist, als wenn in Brüssel darüber debattiert wird, Exportüberschussländer zu sanktionieren, umgekehrt wie Defizitländer. Und weiter, zur normativen Kraft der Wirtschaft: Wenn Ingenieure in Toulouse und in Turin am gleichen Airbus, wenn Autobauer in Bratislava und in Zuffenhausen am gleichen Porsche bauen, ist darin ein höherer Beitrag zur europäischen Integration zu sehen, als wenn sich die Hamburger Bürgerschaft gezwungen sieht, die europäische Seilbahnrichtlinie in hanseatisches Landesrecht zu übernehmen. Wir stehen uns selbst im Weg.

Eine Entpolitisierung scheint mir die Herausforderung der Zeit zu sein. Und, lieber Rainer Brüderle, wenn sich der Preis, den Sie heute erhalten werden, auch damit verbindet, sind Sie uns ein noch willkommenerer Gast als ohnehin. Wir ehren einen gestandenen Liberalen, dessen Namen ich am liebsten verwürttembergern würde, den Gebern und nicht den Empfängern zuordnen würde. Wein gehört zu diesem Ordnungskreis zwingend mit dazu. Und welcher Wein nun der bessere ist, der pfälzische oder der württembergische, können wir später dann einmal klären. Ein nach allen Seiten hin abgerundetes und wettbewerbsgerechtes Urteil zu finden bleibt schwierig, weil im individuellen, im persönlichen Befinden liegend. Und es gelingt nur mit dem Glas in der Hand.

Obendrein hat auch unser Herrgott seine Hand mit im Spiel. So lesen wir bei dem alttestamentarischen Kohelet, Kapitel 9, Vers 7: „Also: Iss freudig Dein Brot und trink vergnügt Deinen Wein; denn das, was Du tust, hat der gerechte Gott längst festgelegt, wie es ihm gefiel.“

Verehrte Damen, meine Herren, Sie bemerken, Politik kommt dabei nicht vor. Eine wahrhaft liberale Aussage. Belassen wir es dabei.

Diese grundsätzlichen Überlegungen wollte ich mit Ihnen teilen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, aus der ich Sie gerne entlasse mit einem wiederholt »Herzlich Willkommen bei Würth«, vielen Dank, dass Sie heute unsere Gäste sind.



v.l. **Ralf-Michael Löttgen**, Bundesgeschäftsführer Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V., Berlin, **August Forster**, Präsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V., Bonn und **Karl-Heinz Plum**, Präsident Bundesverband Deutscher Baumschulen e.V., Heinsberg



v.l. **Ernst Burgbacher**, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung und **Werner Küsters**, Präsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V., Neuss



v.l. **S.E. Michele Valensise**, Botschafter der Italienischen Republik in Berlin, **Catherine von Fürstenberg-Dussmann**, Vorsitzende der Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Berlin, **Rainer Brüderle**, **Alexandra Oetker**, Mitbegründerin der Organisation Liberales Netzwerk, Berlin



v.l. Preisträger **Rainer Brüderle**, **Ernst Burgbacher**, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung, **Karl Besse**, Vorsitzender Deutscher Automatenverband, Ehrenpräsident Bundesverband Automatenunternehmer, Vizepräsident a.D. Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V., Mechnernich



v.l. **Dr. Ulrich Schröder**, Vorstandsvorsitzender KfW-Bankengruppe, Frankfurt, **Hildegard Thiemann**, Berlin, **Heino Wiese**, Wiese Consult, Berlin



Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos, Chairwoman of the Board, Chief Executive Officer EAG European Advisory Group GmbH, Berlin im Gespräch mit **Rainer Brüderle**, im Hintergrund **S.E. Vladimir M. Grinin**, Botschafter der Russischen Föderation in Berlin und **Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte**, ZDF-Intendant a.D., Berlin



v.l. **Dr. Ingo Friedrich**, Exekutivpräsident der UMU, Ehrenmitglied des Europaparlaments, Gunzenhausen, **I.E. Gabriela von Habsburg**, Botschafterin von Georgien in Berlin und **Hagen Graf Lambsdorff**, Botschafter a.D., Berlin



v.l. **Gerrit A. Wagner**, Geschäftsführer Project Supply GmbH, Hamburg, **Rolf Leuchtenberger**, Präsident a.D. Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V., Aufsichtsrat Europäisches Wirtschaftsforum e.V., Hamburg, **Uwe Klaus**, Geschäftsführer Kempinski Hotel Bristol GmbH, Berlin



v.l. UMU-Präsident **Hermann Sturm**, **Volker Knittel**, Vizepräsident Europäisches Wirtschaftsforum e.V., München, **Horst Claßen**, Ministerialdirigent Bundeskanzleramt, Berlin



Hans-Reiner Schröder, Leiter der BMW Group, Berlin (li.) und **Dr. Rufus Baretti**, Privatdozent Deutsches Herzzentrum Charité Berlin



Dr. Corinne Michaela Flick, Geschäftsführung CONVOCO gemeinnützige Stiftung-GmbH und **Gunnar Uldall**, Senator für Wirtschaft in Hamburg a. D., Präsident Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e.V., UMU-Preisträger 1995, Hamburg



Alexandra Oetker, Mitbegründerin der Organisation Liberales Netzwerk, Berlin und **Prof. Dr. h.c. Roland Berger**

Laudatio – Prof. Dr. h.c. Roland Berger

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

auch aus Verzweiflung von Parteifreunden heraus kann eine Karriere als erfolgreicher Politiker beginnen. „Der Rainer macht das“ – das war die Hoffnung der hadernden rheinland-pfälzischen FDP, nachdem sie bei der Landtagswahl 1983 zum ersten Mal nicht mehr ins Parlament des Landes gewählt worden war [3,5% nach 6,4% 1979] und der alte Vorstand hingeworfen hatte. Als diese Vorentscheidung fiel, ohne ihn übrigens, war Rainer Brüderle öffentlich noch wenig bekannt und vor allem – mit seiner Frau weit weg im Sommerurlaub. Doch als er zurückkehrte, nahm er an.

„Der Rainer macht das.“ Denn ihm selbst ist Mutlosigkeit fremd. Voller Optimismus und Tatendurst, aber auch mit Kompetenz und festen Werten wie Überzeugungen eroberte er erst seine Partei und dann immer mehr nachhaltige Wertschätzung bei allen Bürgern auch über die FDP hinaus zwischen Mainz und Berlin. Er ist kantig, nie kauzig – stets berechenbar, nie beliebig – immer ruhig, nie laut. Deshalb habe ich es gerne übernommen, auf Rainer Brüderle den UMU-Preisträger 2011 die persönliche Laudatio zu halten.

Exzellenzen, meine sehr verehrten Herren

Botschafter,
sehr verehrter Herr Bundesminister Pofalla,
sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete
des Bundes- und Landtags,
sehr verehrter, lieber Herr Dr. Friedrich, Preisträger 1994,
sehr verehrter, lieber Herr Uldall, Preisträger 1995,
sehr verehrter Herr Althaus, Preisträger 2006,
sehr verehrter, lieber Herr Sturm,
werte Festversammlung aus Politik, Wissenschaft,
Wirtschaft, Medien und vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft,
und vor allem sehr verehrter, lieber Herr Brüderle,

bei meiner Vorbereitung auf diesen Abend habe ich mir vergegenwärtigt, für welche Wirtschaftspolitik Rainer Brüderle steht, aber auch, was für ein Mensch er ist. Das war erfreulich, denn es passt das eine Bild zum anderen. Als Mensch hat er Überzeugungen gewonnen, die er als Politiker glaubhaft vertritt. Genau das ist es, was wir an ihm schätzen. Genau das ist es, warum er manchmal unbequem erscheint, obwohl er nur unbeirrbar ist. Und genau das ist es, was die Union Mittelständischer Unternehmen dazu bewogen hat, ihn heute mit ihrem Preis zu ehren.

Rainer Brüderle, geboren 1945 hier in Berlin, aufgewachsen in der Südpfalz, ist ein Mann aus einfachen bürgerlichen Verhältnissen. Seine Mutter starb früh, umso prägender war sein Vater, ein Textilkaufmann, der bis ins hohe Alter ein Einzelhandelsgeschäft in Landau betrieb. Hüte und Krawatten gab's dort. Und immer wieder, wenn Rainer Brüderle seinen ökonomischen Argumenten noch eine persönliche Note hinzufügt, erzählt er, wie er einst dem Vater zur Hand ging. In diesem Geschäft hat er sein erstes Verständnis für wirtschaftliche Kreisläufe entwickelt, ebenso wie sein Credo von den Tugenden des ehrbaren Kaufmanns. Vor allem diese Erfahrungen haben sein Gespür für Verantwortung gestärkt, den Wert, der untrennbar mit dem Wert der Freiheit verbunden ist.

Wenn man auf Rainer Brüderles Studienfächer schaut, hat man fast den Eindruck, er habe sich mit wirklich allem wappnen wollen, was ein erfolgreicher Politiker brauchen könnte: Volkswirtschaft, Rechts- und Politikwissenschaften, Publizistik. 1971 legt er an der Universität Mainz sein Examen als Diplom-Volkswirt ab, anschließend bleibt er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik. Rainer Brüderle hat also auch gründlich gelernt, was er später in der Praxis so exzellent umsetzt.

1973 tritt er in die FDP ein, 1975 geht er in die Kommunalpolitik und wird Leiter des Mainzer Am-



tes für Wirtschaft und Verkehrsförderung. Zwei Jahre bevor die Landes-FDP mit ihrem Hilferuf zu ihm kommt, ist er Wirtschaftsdezernent unter dem SPD-Oberbürgermeister „Jockel“ Fuchs, einem der populärsten Kommunalpolitiker der Nachkriegszeit.

Ich kann hier gar nicht Rainer Brüderles Leben und Wirken detailliert behandeln. Deshalb nur einige Meilensteine zur Erinnerung: Sein furioser, kämpferischer Start im Landesvorsitz der FDP gehört dazu. Die Partei bringt er 1987 nicht nur wieder zurück in den Landtag – mit mehr Abgeordneten als vor ihrem Ausscheiden 1983 –, sondern gleich in eine Koalition mit der CDU; da sind die vielen Legislaturperioden als Abgeordneter erst im Landtag und dann seit 1998 im Bundestag; er hat Stimme und Statur im Bundesvorstand der FDP, er führt Fraktionen und Ministerien, die immer mit Wirtschaft und – ja, natürlich – lange auch mit Wein zu tun haben. Meine Damen und Herren, wussten Sie, dass er es irgendwie geschafft hat, rheinland-pfälzischen Wein sowohl bei den Olympischen Spielen 1996 in Atlanta hoffähig zu machen als auch auf den Flügen der Lufthansa, wo es bis dahin nur „Franzosen“ gab? [Anekdote von Hans-Robert Hauser, pensionierter SWR-Journalist aus Mainz.] Lieber Herr Brüderle, ich male mir gerade aus, welch ein Triumph das für Sie gewesen sein muss.

Aber bevor ich mich verliere: Es sind die frühen Stationen in seiner Vita, die mir wichtig erscheinen. Sie erklären sein fachliches Fundament, das ihm immer Anerkennung eingebracht hat, wie auch manchen politischen Schachzug in seiner späteren Karriere – etwa, dass er nie Berührungsängste gegenüber den Sozialdemokraten hatte. 1991 koalitiert er in Mainz mit Rudolf Scharping und 2005, als in Berlin die große Koalition gebildet wird, empfiehlt er seiner Partei, sich gegenüber der SPD zu öffnen.

Schon in der Landespolitik gilt Rainer Brüderle als herausragender Förderer des Mittelstands, obwohl er auch bei BASF und Boehringer sehr hohes Ansehen genießt. Interessant, dass der Subventions-



kritiker dabei auch mal über die Stränge schlagen kann. Als er die Fördergelder für den Weinbau in Steillagen um 200% erhöht, fängt er sich eine Rüge der Landeszentralbank ein. Und als er 1998 auf dem Weg in den Bundestag noch ein Existenzgründerprogramm auflegt, wird ihm – allerdings nur von der Opposition – Wahlkampf auf Staatskosten vorgeworfen. Seiner Popularität hat so etwas nie Abbruch getan. Im Gegenteil. Mit einem Augenzwinkern führt er Ludwig Erhard ins Feld: Nicht einmal der habe sich ordnungspolitisch immer nach der reinen Lehre gerichtet.

Überhaupt ist Rainer Brüderle ein Meister entwaffnender Zitate, sie sprechen den Boulevard an, aber auch den Verstand, nämlich dann, wenn sie sein volkswirtschaftliches Weltbild zeigen. Gefragt nach Staatshilfe für die Banken in der Krise sagt er [„Focus“, März 2009]: „Eines kann nicht sein: Bei den Konzernen in Schieflage kommt Frau Merkel, beim Mittelständler in Not kommt der Gerichtsvollzieher.“ So was sitzt und bleibt.

Als ein Höhepunkt in der Karriere Rainer Brüderles wird seine Vereidigung als Bundeswirtschaftsminister vor fast genau zwei Jahren, am 28. Oktober 2009, gewertet. Und die Deutschen hat er jeden Tag im Amt mehr davon überzeugt, dass er einer der besten unserer Wirtschaftsminister war. Auch hat er nie einen Hehl daraus gemacht, dass er das gerne geblieben wäre.

Aber nun steht er eben an der Spitze der Bundestagsfraktion im Dienst seiner Partei, die ihn mehr denn je braucht. „Das Zentrum des Taifuns ist sehr ruhig“, hat Rainer Brüderle neulich im ZDF [4. Oktober, „Pelzig hält sich“] über seine neue Rolle in der Koalition gesagt. Dabei hat er sogar gelächelt.

In der Wirtschaft sagt man heute anerkennend und wohl auch mit einem weinenden Auge, er sei ein wirtschaftlich gebildeter Generalist, in Gesprächen aber nie um Details verlegen. Rainer Brüder-

le war im Kabinett das ordnungspolitische Gewissen par excellence, nicht nur in Sonntagsreden.

Haltung und Fachwissen verbinden sich bei ihm mit Substanz und Rückgrat. Der ordnungspolitische Dreisatz, um den sich bei Rainer Brüderle alles dreht, lautet: „Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, privat vor Staat“. Nur drei Beispiele aus seiner Arbeit möchte ich als Beleg anführen – wohl wissend, dass dies nicht erschöpfend sein kann.

Erstens, und das ist uns allen noch präsent, ist es seine Haltung zum Thema Staatshilfen für Opel, Karstadt/Arcandor oder Schaeffler/Conti. Brüderle zeigt ordnungspolitisch klare Kante, als er sich gegen staatliche Mittel aus dem sogenannten „Deutschlandfonds“ für diese großen Unternehmen ausspricht. Denn der war lediglich für diejenigen Unternehmen der Realwirtschaft gedacht, die unverschuldet durch die Krise in Not geraten waren. Rainer Brüderles Haltung hat sich als weitsichtig erwiesen, denn alle diese Unternehmen gibt es noch. Sie haben es ohne Subventionen des Staates geschafft. Brüderle hat Interessen und Argumente abgewogen und in dem CDU-Wirtschaftspolitiker Michael Fuchs einen wichtigen Verbündeten gefunden. Aber einmal entschlossen, ist er weder durch Anbiederung an die Arbeitnehmer noch durch Wankelmut gegenüber den Ministerpräsidenten aufgefallen.

Zweitens ist es das industriepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung, das Rainer Brüderle 2010 formuliert hat. Solch eines hat es so zuvor nie gegeben. Auch das hat Lob verdient, denn es zeigt, wie Brüderles Politik lebendig wird, um den Standort Deutschland im globalen Wettbewerb zu stärken: Durchlässigkeit des Bildungssystems, gezielte Einwanderung, demografischer Wandel als Treiber von Innovationen, der Zugang zu Venture Capital, um die unternehmerische Umsetzung von Forschung und Entwicklung zu fördern, Technologieführerschaft, Deregulierung. All das wird zu

Recht angesprochen, ohne dass der Staat zur Intervention ermuntert wird. Ich halte das Konzept ganz und gar nicht für einen Papiertiger. Die ganze Welt buhlt um Investitionen der deutschen Industrie, da muss der heimische Standort mithalten können – darum geht es im Papier von Bundesminister Brüderle. Deshalb bin ich froh, wenn an der Umsetzung des Konzepts auch unter dem neuen Wirtschaftsminister fleißig gearbeitet wird.

Drittens ist es Brüderles zupackender Einsatz für den Mittelstand, in Rheinland-Pfalz sowieso, auch über hochfliegende Konzepte hinaus. Noch zu wenig Medienresonanz finden wichtige Initiativen wie der neue Mittelstandsmonitor, der die Mitsprachemöglichkeiten für KMU bei Vorhaben in Brüssel verbessern soll oder der Neun-Punkte-Plan für den Mittelstand aus dem vergangenen Jahr.

Damit zeigt er, dass er die Nöte der Unternehmer kennt und ihnen bei deren Bewältigung hilft: bessere Finanzierungen mit Hilfe der KfW oder durch Bürgschaftsbanken, der High-Tech-Gründerfonds, Ideen für eine neue Gründerkultur und Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge, mittelstandorientierte Forschungsförderung, Hilfe beim Auftritt auf Auslandsmärkten und schließlich das Werben für Steuererleichterungen, die bei den vielen Personengesellschaften die Eigenkapitalbasis stärken würden. Ich bin sicher, Rainer Brüderle steckt auch als Fraktionsvorsitzender der FDP weiter seine Kraft in diese Themen. Denn auch die Mühen der Ebene hat er nie gescheut.

So ist es sicherlich in Ihrem Sinne, lieber Herr Brüderle, wenn ich mit einem grundsätzlichen Appell zum Ende komme: Der Staat mit seinen Instrumenten muss darauf achten, Menschen im Allgemeinen und Unternehmern im Besonderen ihre Denk-, Wahl- und Handlungsfreiheit zu lassen. Freiheit ermöglicht Vielfalt, Vielfalt ermöglicht Wettbewerb, Wettbewerb bedeutet Fortschritt. Der

Staat kann nicht beanspruchen, alles Wissen auf sich zu vereinen und vorteilhaft einzusetzen. Ordnungspolitik? Schön und gut, aber sie müsse den Praxistest bestehen, heißt es immer wieder. Sie sei besser im Elfenbeinturm der Wissenschaft aufgehoben. Subventionskürzungen? Zu schwierig. Steuerreform? Zu kompliziert.

Doch das ist kein Weg in die Zukunft. Der Weg zu den Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft und damit zu unseren Erfolgen muss wieder freigemacht werden – und zwar von uns allen. Das erfordert persönliches, unternehmerisches und staatliches Handeln. Wir dürfen unser wirtschaftspolitisches Leitbild nicht aus dem Blick verlieren – den Ordoliberalismus mit seiner klaren Aufgabentrennung von Bürgern und Staat und seinem Engagement für Chancengerechtigkeit und Solidarität. Daran immer wieder zu erinnern, durch Worte und vor allem durch Taten, das ist Ihr größtes Verdienst, lieber Herr Brüderle.

Meine Damen und Herren, abschließend noch ein letztes Schlaglicht. In der F.A.Z. wurde kürzlich [8.9.2011, S.3] ein Dialog zwischen Kanzlerin und Minister kolportiert, vielleicht haben Sie es gelesen. Als Rainer Brüderle sich entschloss, Opel 1,1 Milliarden Euro Staatsgeld zu verweigern, soll Angela Merkel ihm angeblich bedeutet haben, er könne doch nicht öffentlich der Kanzlerin widersprechen. „Doch“, habe er kurzerhand erwidert. Denn wie sagt Rainer Brüderle immer wieder? „Im Zweifel für die eigenen Überzeugungen.“

Leider können wir aufgrund der Verhinderung der Bundeskanzlerin nicht erfahren, wie die beiden den Vorgang heute bewerten. Ich vermute: mit Gelassenheit.

Lieber Herr Brüderle, den Deutschen Elite-Mittelstandspreis 2011 jedenfalls haben Sie sich in jeder Hinsicht verdient.

Meinen herzlichen Glückwunsch dazu!



v.l. **Hagen Graf Lambsdorff**, Botschafter a.D., Berlin, **S.E. Marnix Krop**, Botschafter der Niederlande in Berlin, **I.E. Gabriela von Habsburg**, Botschafterin von Georgien in Berlin, **Rainer Brüderle**



UMU-Präsident **Hermann Sturm** (li.) und **Robert Friedmann**, Sprecher der Konzernführung der Würth-Gruppe, Künzelsau



Peter Strumberger, Vorstand Strumberger Steuerberatungsgesellschaft AG, München (li.) und **Karl Besse**, Vorsitzender Deutscher Automatenverband, Ehrenpräsident Bundesverband Automatenunternehmer, Vizepräsident a.D. Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V., Mechernich



v.l. **Rainer Brüderle**, **Volker Knittel**, Vizepräsident Europäisches Wirtschaftsforum e.V., München, **Markus Neudek**, Vorstandsvorsitzender Optimal AG & Co. KG, Langenbach



v.l. **Karl-Heinz Plum**, Präsident Bund Deutscher Baumschulen e.V., Heinsberg, **Marie-Luise Dött**, MdB, Vorsitzende Bund Katholischer Unternehmer, Köln, **Markus Guhl**, Hauptgeschäftsführer Bund Deutscher Baumschulen e.V., Pinneberg



Dr. Eckhard Franz, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Mittelstandspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin (re.), im Gespräch mit **Ulrich Benterbusch**, Director of Global Energy Dialogue, Paris



Dr. Armgard Wippler, Ministerialrätin, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin und **Karl Jörg Bieberstein**, Ministerialrat a.D., Rechtsanwalt, Königswinter



Isa Gräfin von Hardenberg, Geschäftsführende Gesellschafterin Hardenberg Concept, Berlin und **S.E. Vladimir M. Grinin**, Botschafter der Russischen Föderation in Berlin



v.l. **Udo von Massenbach**, President American German Business Club, Berlin, **Dr.-Ing. Carl August Günther**, Vorsitzender Union Beratender Ingenieure e.V. - NRW, Stolberg, **Dieter Althaus**, Ministerpräsident a.D. Deutscher Elite-Mittelstandspristräger 2006, Heiligenstadt, **Reinhard Jo Billstein**, Vorsitzender Landesgruppe NRW Verband Deutscher Architekten e.V., Köln



Gertrude Pfleger-Ebinghaus, Ehrensenatorin Europäisches Wirtschaftsforum e.V. - EWIF, Bad Sassendorf (li.) und **Susanne Kolm**, München



Prof. Dr. h.c. Roland Berger und **Dieter Ibielski**, Präsidialbeirat UMU, Steinbach/Ts.



Burkhard Kardinal, Gf. Präsident Verband Unabhängiger Medizin- und Labor-technik-Planer e.V., München (li.) und **Hans-Jürgen Schneider**, Präsident Bundesverband Deutscher Brandschutzexperten e.V., Stadtallendorf



v.l. Dr. Martin Posth, Vorstand der VW AG a. D., Berlin (li.) und Ulrich Schmitz, Leiter Verbindungsbüro Thyssen Krupp AG, Berlin



v.l. Hans-Werner Zeschky, Präsident Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V., Berg, Hans-Christoph Seewald, Präsident Deutscher Steuerberaterverband e.V., Berlin, Senator a. D. Gunnar Uldall



Bettina Adenauer-Bieberstein, Honorarkonsulin von Island, Königswinter, im Gespräch mit Dr. Ingo Friedrich, UMU-Executiv-Präsident (li.) und Dr. Otmar Schuster, Inhaber GEO Haus am Markt, Mülheim a. d. Ruhr



v.l. Helmut Schingen, Vizepräsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, Petschow, Carsten Henselek, Vizepräsident BGL, Berlin, Lutz von Wurmb, Vizepräsident BGL, Uetersen, Jette Joop, Jette Joop Europe GmbH, Hamburg, Jan-Dieter Bruns, Vizepräsident Bund Deutscher Baumschulen e.V., Bad Zwischenahn



v.l. Dietrich Dankert, Beratender Ingenieur und Freier Architekt, Bundesverband Deutscher Mittelstand Hessen-Rheinland-Pfalz, Mainz, Gertrude Pfleger-Ebinghaus, Ehrensenatorin Europäisches Wirtschaftsforum e.V., Bad Sassendorf, Rainer Hook, Unternehmensberater, Seefeld



Preisträger Rainer Brüderle wird fürs ZDF interviewt.

Erst das perfekte Zusammenspiel führt zu einem nachhaltigen Ergebnis

Ganzheitliche Lösungen für den Mittelstand

UFB:UMU versteht sich als Finanzdienstleister der Verbände. Seit über 20 Jahren bieten wir ganzheitliche Lösungen für den Freiberufler und den mittelständischen Unternehmer.

- Senkung der Lohnnebenkosten
- Optimierung Personal- und Kostenmanagement
- Outsourcing und Unternehmensnachfolge
- Risk- und Versicherungsmanagement
- Unternehmensversorgung
- Mehr-Wert-Dienstleistungen

Mit mehreren Geschäftsstellen und über 100 kompetenten Mittelstands-spezialisten sowie Netzwerkpartnern sind wir bundesweit vertreten und jederzeit für Sie da.

Unser Stammsitz ist Nürnberg. Unsere Firmenzentrale finden Sie im Business-Tower.

Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen.

UFB:UMU AKTIENGESELLSCHAFT

fon: 09 11 - 5 86 75-0
fax: 09 11 - 5 86 75-949
mail: info@ufb-umu.de
www.ufb-umu.de

Laudatio von Herrn Kanzleramtsminister Ronald Pofalla MdB

Sehr geehrter Herr Sturm,
sehr geehrter Herr Kurz,
lieber Herr Prof. Berger,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
lieber Herr Brüderle, lieber Rainer,

zunächst möchte ich Bundeskanzlerin Angela Merkel entschuldigen. Sie musste aufgrund der aktuellen Entwicklungen bereits frühzeitig zum G20-Treffen anreisen und kann deshalb heute nicht hier sein. Sie bedauert es sehr, die Laudatio auf Rainer Brüderle nicht selbst halten zu können, weil sie mit Rainer Brüderle nicht nur ausgezeichnet zusammengearbeitet hat und zusammenarbeitet, sondern auch, weil Sie Dich, lieber Rainer, als Menschen und Kollegen sehr schätzt. Ich darf Sie und Dich deshalb sehr herzlich von der Bundeskanzlerin grüßen und um Verständnis bitten, dass sie heute Abend nicht hier sein kann.

„Der Mittelstand, das ist Brüderles Ding, sein Thema“. So schrieb es eine bekannte Tageszeitung vor rund zwei Jahren, als Rainer Brüderle Bundesminister für Wirtschaft und Technologie wurde. Zu dieser Einschätzung kann ich nur sagen: Das stimmt. Als Sohn eines Textileinzelhändlers wurde Rainer Brüderle der Mittelstand gleichsam in die Wiege gelegt. Er hat die Freuden und Sorgen mittelständischer Unternehmen von klein auf hautnah kennen gelernt. Und ganz offensichtlich haben Dich, lieber Rainer, diese frühen und ganz persönlichen Erfahrungen nachhaltig geprägt. Du hast erlebt, was es bedeutet, Verantwortung für Mitarbeiter zu tragen, sich mit neuen Ideen und guten Produkten dem Wettbewerb zu stellen, ein Gespür zu bekommen, was die Menschen wirklich wollen.

Dieses Wissen, diese Erfahrung haben sich auf Deine politische Laufbahn übertragen. Sich für den

Mittelstand stark zu machen, das wurde zu Deiner Berufung, das hat sich wie ein roter Faden durch Deinen beruflichen Weg gezogen.

Deine Ämter und Funktionen mögen sich im Laufe der Zeit geändert haben. Eines hat sich aber nicht geändert: Rainer Brüderle verbindet profundes Fachwissen mit gesundem Pfälzer Humor. Er hat die Fähigkeit, schwierige Situationen mit einem Scherz, mit Humor aufzulösen. Keine Frage, er versteht sein Handwerk.

Das hat ihm den Titel »Mr. Mittelstand« eingebracht. Denn so wie der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft ist, so zeigt Rainer Brüderle auch als wirtschaftspolitischer Fachmann Rückgrat. Ja, unser Mittelstand verdient es, dass man sich für ihn einsetzt, dass er bestmögliche Rahmenbedingungen vorfindet. Als Innovations- und Jobmotor ist der Mittelstand unverzichtbar für unsere Volkswirtschaft. Viele Länder beneiden uns um diese Stärke der deutschen Wirtschaft. Sie schauen neidvoll auf einen starken Mittelstand mit all den Innovationen für Arbeit, Wachstum und Wohlstand. Und deshalb ist es gut, dass der Mittelstand, dass die vielen kleinen und mittleren Betriebe in Deutschland der Top-Punkt auf Deiner Agenda sind. Der Mittelstand ist bei Dir gut aufgehoben!

Sehr geehrte Damen und Herren,
das zentrale Thema, das uns in der deutschen Politik, aber auch in Europa und an den Finanzmärkten rund um den Globus bewegt, ist ganz sicher die Zukunft und Stabilität des Euro. Wir stehen hier seit vielen Monaten vor einer gewaltigen Herausforderung. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden wahrscheinlich Generationen prägen. Das Ziel dieser Bundesregierung ist dabei sehr klar: Wir wollen, dass die Eurozone, dass Europa zu einer Stabilitätsunion im besten Sinne des Wortes wird. Wir wollen einen sicheren und weiter stabilen Euro.



Gerade wir Deutsche wissen, was wir an Europa und seiner Einigung haben – als Friedensunion, als Wirtschaftsunion und natürlich auch als Währungsunion. Unsere ökonomischen Erfolge bauen ganz wesentlich auf dem europäischen Binnenmarkt und dem Euro auf. Beides kommt der exportorientierten deutschen Wirtschaft in ganz besonderem Maße zugute. Das gilt auch für den Mittelstand. 75% der Exporte des deutschen Mittelstandes finden innerhalb der Europäischen Union statt.

Deshalb war und ist die Position auch von Rainer Brüderle richtig. Er hat von Anfang an dafür geworben, dass die EU zur Stabilitätsunion wird und dass diese Stabilitätsunion auch wirksame Sanktionsmechanismen vorsehen muss. Es ist daher auch sein Verdienst, wenn es der Bundesregierung jetzt gelingt, genau dies in Europa durchzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
eine Regierung braucht nicht nur Teamgeist am Kabinetttisch. Sie braucht nicht nur eine starke Kanzlerin. Eine erfolgreiche Regierung braucht vor allem auch ein vertrauensvolles und kollegiales Zusammenwirken mit den Koalitionsfraktionen. Als Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag sitzt Rainer Brüderle an genau diesem wichtigen Schalthebel. Aus eigener Erfahrung und Überzeugung kann ich sagen: Lieber Rainer: Du tust der Regierung gut. Du tust Deiner Fraktion gut. Und: Du tust dem Mittelstand gut.

Deshalb freue ich mich sehr, dass ich Dir heute in Vertretung unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ganz herzlich zu der Ehrung gratulieren darf.

Lieber Rainer Brüderle:
Herzlichen Glückwunsch zum Deutschen Elite-Mittelstandspreis 2011. Du hast ihn Dir verdient!



Horst Schmitz, Vorstand NOVITAS AG und Vorsitzender Aktion Neue Zukunft e.V., Kütz (li.) und **Horst Claßen**, Ministerialdirigent Bundeskanzleramt, Berlin



Volker Knittel, Vizepräsident Europäisches Wirtschaftsforum e.V., München (li.) und **Prof. Dr. Alfred Gossner**, Mitglied des Vorstands Fraunhofer-Gesellschaft, München



v.l. **Gunnar Uldall**, Senator für Wirtschaft in Hamburg a.D., Hamburg, **Dr. Corinne Michaela Flick**, Geschäftsführung CONVOCO gemeinnützige Stiftung-GmbH, **Prof. Dr. h.c. Roland Berger**



Dr. Nikolaus Förster, Chefredakteur Unternehmernmagazin impulse, Hamburg (li.) und **Hans-Werner Zeschky**, Präsident Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V., Berg



Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie a.D., Berlin (li.) und **Dr. Tessen von Heydebreck**, Vorsitzender Deutsche Bank Stiftung, Berlin



Dr. Albert Wahl, Vorstand GCI Management AG, München (li.) und **Dr. Hans-Joachim Rauscher**, Vorstand der NÜRNBERGER Beteiligungs-AG, Nürnberg



Dr. Bernhard Heitzer, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie BMWi, Berlin (li.) und **Dr. Bernd Pfaffenbach**, Staatssekretär im BMWi a.D., Berlin



Prof. Dr. Axel Pestke, Hauptgeschäftsführer Deutscher Steuerberaterverband e.V. (li.), Berlin und **Helmut Schingen**, Vizepräsident BGL, Petschow



Rainer Brüderle im Gespräch mit **Jette Joop**, Jette Joop Europe GmbH, Hamburg und **Dr. Ulrich Schröder**, Vorstandsvorsitzender KfW-Bankengruppe, Frankfurt



I.E. Gabriela von Habsburg, Botschafterin von Georgien in Berlin und **Prof. Dr. George Turner**, Senator a.D., Berlin



Werner Küsters, Präsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V., Neuss (li.) und **Dr. Hans-Joachim Rauscher**, Vorstand der NÜRNBERGER Beteiligungs-AG, Nürnberg



Dr. Armgard Wippler, Ministerialrätin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin und **Friedrich Bauer**, Präsident Union Freier Architekten e.V., Weißenburg

Replik des Preisträgers Rainer Brüderle MdB



Sehr geehrter Herr Präsident Sturm,
lieber Herr Professor Roland Berger,
Herr Bundesminister Pofalla, lieber Ronald,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

so eine Ehrung ist natürlich immer etwas zwiespältig. Es ist schön, ich gebe es zu; und das Meiste, was meine Vorredner gesagt haben, ist auch wahr und richtig. Wenn man das so hört, sagt man zu sich: „Na ja, bist doch irgendwie ein anständiger Kerl“. Ich freue mich sehr darüber und danke Ihnen herzlich.

Meine Damen und Herren, da meine Vorredner alle in die Tiefe gegangen sind, will ich die Gelegenheit nutzen und auch meine Position zu den angesprochenen Themen deutlich machen.

Zunächst, ja, es ist so, was Herr Berger angesprochen hat. Ich bin geprägt von meiner Familie. Ich war der erste, der Abitur gemacht und studiert hat, mein Vater war kleiner Textil-Einzelhändler mit fünf, sechs Mitarbeitern. Hinter der Ladentheke lernt man die Welt etwas anders zu sehen als vor der Theke. Diese Erkenntnis ist auch für später hilfreich. Es war ganz simpel. Wenn man zu den Kunden nicht freundlich und nett war, haben sie nichts gekauft, und wenn sie nichts gekauft haben, war es an Weihnachten enger. Und diese Erkenntnis hilft auch in der Politik. So muss man mit Bürgern und Wählern umgehen.

Das Zweite ist, dass wir, meine Familie in der Pfalz, calvinistische Protestanten sind. Da existiert der Grundsatz „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott“, und man jammert nicht. Mein Vater hätte eher gehungert, bevor er zum Sozialamt oder zu jemand anderem gegangen wäre, um etwas „ab-

zuholen“. Das gab es einfach nicht. Er hat bis zum Alter von 86 Jahren voll gearbeitet, war dann kurz krank und ist dann gestorben. Aber das war und ist eine andere Einstellung. Und deshalb trete ich auch stets für den Mittelstand ein. Mittelstand ist für mich keine soziologische Struktur, sondern eine Geisteshaltung, eine Einstellung. Das sind Menschen, die das Zutrauen haben, selbst etwas zu machen, die Hand anlegen und eigenverantwortlich tätig sind, die sich sehr oft im Ehrenamt einbringen, zu wenig leider in der Politik. Ich würde mir mehr Mittelständler in der Politik wünschen. Am Stammtisch allein die Faust zu machen, ist zu wenig.

Eine freiheitliche Struktur, eine Demokratie oder eine soziale Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn die Menschen, die darin wirken und tätig sind, zwei Prinzipien kennen: Freiheit und Verantwortung.

Nur diejenigen Strukturen und Gesellschaften überleben, die diese Prinzipien wahren, die Maß, Mitte und Rechtsstaatlichkeit halten. Das sind Grundsätze, die eingehalten werden müssen. Das gilt im Kleinen, z.B. im Geschäftsverkehr, und das gilt im Größeren, auf der Ebene eines Landes. Und das gilt auch in Europa. Auch dort müssen Verträge eingehalten werden.

Die zerbrochenen Stabilitätsregeln, Stabilitäts- und Wachstumspakt zum Maastricht-Vertrag, sind ein Beispiel, wo Rechtsregelungen nicht eingehalten wurden. Leider war die deutsche Regierung damals die erste, die die Regeln gebrochen und die Stabilitätskriterien nicht eingehalten hat, Frankreich hat mitgemacht. 68 Mal wurde gegen die Stabilitätsregeln verstoßen. Nie gab es eine Sanktion.

Das kann man mal machen, das Leben ist, Herr Professor Berger hat es ja angesprochen, nicht

hundertprozentig puristisch zu betrachten. Aber grundsätzlich müssen die Regeln gewahrt werden. Ich bin da auch von meiner Heimat geprägt. Ich bin zwar in Berlin geboren, aber in der Pfalz, in der Nähe zur französischen Grenze, aufgewachsen und habe den größten Teil meines Lebens in Mainz verbracht. Und wenn ich einmal mit der Politik aufhöre, bleibe ich in Mainz, weil das auch ein Stück Lebenseinstellung ist.

Ronald Pofalla hat es umrissen, wir sind in Europa gerade mitten in einem gemeinsamen Ringen um eine gute europäische Regelung. Das ist die Lehre der deutschen Geschichte, ist deutsche Staatsraison, wir dürfen uns nie wieder singularisieren, dürfen nicht allein stehen. Aber das heißt nicht, dass wir alles mitmachen dürfen.

Unsere Mitgift in Europa ist das Erlebnis – da kann jede deutsche Familie darüber berichten, vom Großvater, Urgroßvater – dass wir zweimal unser Geld verloren haben. Zweimal gab es in Deutschland eine Währungsreform mit einem Währungsschnitt. Die Lehre daraus ist – und das ist im Gencode der Deutschen eingepreßt: Die Währung muss stabil sein. Warum? Weil in der sozialen Marktwirtschaft nicht vom Staat, sondern über Knappheitssignale gesteuert wird, die durch Preise wiedergegeben werden. Preise geben Knappheitsrelationen wider. Wenn die Preise die Warenknappheitsrelationen nicht widerspiegeln, steuern wir falsch oder suboptimal und wir kombinieren unsere Produktionsfaktoren nicht optimal. Deshalb ist eine soziale Marktwirtschaft darauf angewiesen, dass die Preise stabil sind und dass keine Furcht vor Geldentwertung existiert, was jetzt in Ansätzen hie und da wieder anfängt, auch im Mittelstand, mit der Flucht ins Goldene Beton oder in andere Bereiche.



Meine Damen und Herren, nur stabile Bedingungen sorgen dafür, dass richtig investiert und zukunftsorientiert entschieden wird. Alles andere führt zu Verzerrungen. Und der Mittelstand ist in der Regel ortsgebunden und kann sein Vermögen nicht auf die Bahamas, Cayman Islands oder sonst wohin transferieren, und wenn er Angst hat, dass er nicht fair behandelt wird, führt dies schnell zu Ausweichreaktionen.

Deshalb brauchen wir klare Regeln. Das ist leichter gesagt als getan, aber daran muss man arbeiten. Und für mich unverzichtbar ist – Ronald Pofalla hat das präzise umschrieben – dass Europa so ausgerichtet wird, dass es auch in Zukunft eine stabile Währung hat. Dies hat auch eine weitere Dimension neben der ökonomischen, nämlich eine soziale. Eine der größten sozialen Benachteiligungen ist Inflation. Denn es sind die Kleinen mit dem Girokonto, mit dem Sparsbuch, die sich nicht wehren können und die durch Inflation enteignet werden. Was mich an Griechenland auch ärgert, ist, dass Hunderte von Milliarden aus dem Land herausgeschafft wurden. Am Schluss sind es die Kleinen, die in Griechenland die Zeche für eine Politik zahlen, die über Jahrzehnte fehlgeschlagen ist, nicht erst in den letzten Jahren. Wenn es dort keine Steuerverwaltung gibt die funktioniert, kein Katasterwesen, kein Grundstückswesen, wie soll dann eine Marktwirtschaft funktionieren?

Diese elementaren Regelungen müssen wir jetzt nachrüsten. Stabilitätsunion heißt klare Mechanismen.

Europa wird nicht die Vereinigten Staaten von Europa sein, das glaube ich nicht. Europa ist kein Schmelztiegel, kein »melting pot«, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika waren. Europa hat eine andere Geschichte und wir sollten auch nicht

alles gleichmachen, unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Weil wir unterschiedliche Philosophien und Ausrichtungen haben, sind wir, glaube ich, für die Zukunft besser gerüstet als andere Regionen der Welt. Aber wir müssen daraus auch das Richtige machen.

Es gibt mehrere Wege, die jetzt in Europa beschritten sind.

Erstens »Europa als Bundesstaat«. Das halte ich nicht für realistisch, dafür finden sich keine Mehrheiten, auch keine Voraussetzungen.

Der zweite Weg ist, dass man einen Stabilitätspakt II, mit dem European Stability Mechanism ESM als Kernstück, konsequent umsetzt. Dieser Mechanismus muss Zähne haben und es muss klar sein, wenn die Kriterien nicht eingehalten werden, gibt es Sanktionen und kein politisches Palaver. Ein zweites solches Vorgehen wie beim Stabilitätspakt I hält Europa nicht mehr durch, dann zerfällt es.

Und das müssen alle Europäer wissen. Zwei Drittel des weltweiten Wirtschaftswachstums kommen heute aus den Emerging Markets, insbesondere aus China, Indien, Brasilien und Russland. Europa bestimmt nicht mehr die Welt. In wenigen Jahren werden die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union weniger als sieben Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.

Europa muss zusammenstehen. Aber es geht nicht mehr so weiter wie bisher, insofern sind wir in einer Stunde der Wahrheit angelangt. Wenn man ein Haus umbaut, braucht man einen Architekten, einen Statiker und nicht nur einen Eimer voller Tünche, das löst die Probleme nicht. Und darum geht es jetzt, die Neuausrichtung Europas. Und Europa ist, ich sagte es bereits, Vielfalt. Theodor Heuss hat

einmal gesagt – Herr Kurz hat es vorher ja zitiert – Europa ist auf drei Bergen gebaut: Kapitol, Akropolis und Golgata. Das sind Geistesströmungen, die Europa ausgemacht haben und die es prägen.

Das kann auch heterogene Strukturen bedeuten. Wir haben sie ja schon, 27 Staaten sind Mitglieder der EU, nur 17 davon sind Mitglieder der EURO-Zone. Es muss klar sein. Wenn man eine gemeinsame Währung hat, hat man den Abwertungsmechanismus nicht mehr, der in der Vergangenheit existierte. Am Schluss haben dann noch einige unserer Nachbarn drei Nullen gestrichen, damit man überhaupt noch rechnen konnte. Das geht nicht mehr. Man kann nicht beides haben, gemeinsames Geld und niedrigere Zinsen als vor dem Beitritt zum Euro und dann noch die Nichtbeachtung der Grundregeln der Ökonomie. Das geht nicht.

Und deshalb müssen wir uns darauf verständigen, dass der Kern Europas diese Spielregeln einhält. Das bedeutet nicht »Bundesstaat«, aber das bedeutet die Einhaltung von Spielregeln, die funktionieren. Das ist Rechtsstaatlichkeit. Wer Verträge schließt, muss sie einhalten.

Im Kern sind wir in einer Schuldenkrise, Ronald Pofalla hat es deutlich gesagt. Was steckt dahinter?

Dahinter steckt die Illusion darüber, was der Staat alles machen kann, die Illusion „Du musst nur Geld drucken, dann kannst du Probleme lösen“, und das ist der Kernfehler.

Wir brauchen eine Schuldenbremse. Früher war das normal. Der Mittelständler gibt in der Regel nur aus, was er hat, denn er bekommt nur sehr schwer Kredit, er kann nicht einfach Papier bedrucken, er muss sich in der Regel bis zur Unterhose ausziehen und die Goldzähne der Großmutter hinterlegen, be-





Replik – Preisträger Rainer Brüderle ▾



vor er einen Kredit bekommt. Das ist die Realität vieler kleiner Mittelständler. Das muss zukünftig für Staaten gelten.

Es war auch eine Illusion zu meinen, dass Staaten nicht Konkurs gehen können. Das gab es übrigens immer, nicht nur in Argentinien, Uruguay und anderen Ländern, Staatsinsolvenz, Staatskonkurs hatten auch wir. Insolvenz ist etwas vornehmer als Konkurs, noch etwas härter in der deutschen Sprache ist „Bankrott“, alles drei ist das gleiche. Und deshalb gilt es auch hier, wieder einen Kurs wie Ludwig Erhard zu vertreten, der immer vom „Maß halten“ gesprochen hat. Man kann nicht alles gleichzeitig haben. Es ist eine Stunde der Wahrheit in allen westlichen freiheitlichen demokratischen Staaten.

Und die Wahrheit ist, ohne zu arbeiten hat man keine Früchte und kann nichts verteilen. Man kann darüber streiten, wie man das eine oder andere verteilt, aber erst muss es erwirtschaftet werden.

Daher gibt es nur einen Weg und zwar den Weg der Offenheit, der Ehrlichkeit, von Augenmaß und Mitte, von mittelständischen Tugenden. Vielleicht sollte bei dieser oder jener politischen Entscheidung, in diesem oder jenem Land, mal ein Handwerksmeister oder ein anderer Mittelständler in die Diskussion einbezogen werden.

Und das ist es, was wir uns wieder erschließen müssen, und da setze ich auf den deutschen Mittelstand und UMU und andere Organisationen. Wir dürfen die Straße und auch die politischen Diskussionsebenen nicht den anderen überlassen. Das müssen eben auch bürgerliche Mittelständler machen. Sie müssen den Mund aufmachen, nicht nur am Stammtisch und nicht nur mit der Faust in der Tasche, sondern bei politischen Entscheidungen in Deutschland.

Und wir haben manche Entscheidungen, über die man streiten kann. Ja, man kann technisch gesehen schnell aus der Kernenergie aussteigen, aber das heißt, dass wir jetzt neue Übertragungsnetze und Kraftwerke bauen müssen. Da müssen wir auch diejenigen, die das alles gefordert haben, einfordern und sie dazu in die Pflicht nehmen. Ich habe Herrn Trittin vorgeschlagen, er soll sich mit mir in Mainz hinstellen und sagen, dass neue Hochspannungsleitungen gebaut werden sollen und sagen „Wir wollen die Hochspannungsleitungen“. Dann ist es redlich. Diese neuen Netze brauchen wir übrigens auch, um die Windenergie von der Nordsee überhaupt in die südlicheren Regionen zu transportieren. Wir werden immer genug Strom haben, weil wir Geld haben, ihn zu kaufen, aber das ist keine überzeugende Politik.

Man kann ebenfalls darüber streiten, ob ein Bahnhof richtig oder falsch ist, aber Entscheidungsprozesse von über 20 Jahren – Parlaments- und Gerichtsentscheidungen, und immer noch ist nichts klar – sind unerträglich.

Auch eine Demokratie muss die Kraft haben, Entscheidungen zu treffen, denn, wenn der Mittelstand und die Mitte der Gesellschaft das Vertrauen in die Entscheidungsstrukturen des Staates verlieren, hat das Land verloren. Die Mitte ist deshalb so wichtig, weil sie ausgleicht. Deutschland darf nicht von den Rändern her dominiert werden, weder von rechts außen noch von links außen, das ist uns nie gut bekommen. Wir brauchen eine lebendige engagierte Mitte, die für die Überzeugungen eintritt und das auch laut sagt, auch den Mund aufmacht. Wir wissen ja, wie unterschiedlich die veröffentlichten Einschätzungen sein können. Je nachdem wer sie schreibt, ist es so oder so. Da muss sich eine bürgerliche Mitte, ein deutscher Mittelstand, der in Wahrheit etwa dreieinhalb Millionen Unter-





Wir müssen abwägen und Entscheidungen treffen. Deshalb werbe ich so dezidiert dafür, dass wir in Reden über den Mittelstand nicht nur seine Wettbewerbsvorteile beschreiben, nämlich dass er flexibler ist, dass er dynamischer ist, sondern auch die andere Qualität von Entscheidungen aufzeigen, die dort stattfindet. Wenn ich mit meinem persönlichen Vermögen für meine Entscheidungen einstehe, ist das ein Unterschied zu angestellten Managern, die heute dieses und morgen jenes verkaufen. Darum brauchen wir diese kritische Masse, diese Frauen oder Männer, die für Ihre Entscheidungen geradestehen, dafür haften und ihr Geld dann auch gegebenenfalls verlieren. Das wird immer zu anderen Entscheidungen führen, als wenn man mit dem Geld anderer Leute operiert.

Es ist völlig richtig, dass sich zum Teil Marktstrukturen, insbesondere im Finanzwesen, entwickelt und gegenseitig verstärkt haben, die man so nicht mehr verstehen kann. Daher kommen ja die „Allergien“ der Jugend und der Gesellschaft, die sich in Protesten manifestieren. Wir brauchen wieder eine klare Ordnungspolitik. Darauf baut die Politik der FDP auf. Und dafür benötigen wir Ihre Unterstützung.

Nochmals herzlichen Dank für den Preis. Noch mehr Freude machen Sie mir, wenn Sie ab sofort wieder Freiheitskämpfer für Mittelstand, Deutschland und Stabilitätskultur sind.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Das ist von Kästner, nicht von mir, aber richtig.

Vielen Dank, ich wünsche uns allen einen schönen Abend.

nehmer ausmacht, der 80 % der Ausbildungsplätze stellt, 60 % der Arbeitsplätze, über die Hälfte der Wertschöpfung dieser Republik produziert, dann auch rühren. Und nicht zugucken wie andere, weil sie in der Schule den Matheunterricht nicht verstanden haben, unser Land in die falsche Richtung steuern.

Und dieses Rückgrat brauchen wir, sonst funktionieren freiheitliche Strukturen nicht. Freiheit ohne Demokraten, Demokratie ohne Demokraten, kann nicht funktionieren. Es ist unbequem, eine Meinung zu haben und für sie einzutreten. Es gehört leider auch zur Realität, dass diese Zivilcourage bei uns nicht so extrem ausgeprägt ist. Nur zu allem Nein zu sagen, eine „Dagegenrepublik“, hat keine Zukunft.

Europäischer Elite-Mittelstandspreis

The European Elite SME Award

DIE BISHERIGEN TRÄGER DES PREISES



2002
Globalstufe

WILLIAM JEFFERSON CLINTON

42. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika
am 4. Oktober 2002 in München



2004/2005
Globalstufe

ZHU RONGJI

Ministerpräsident der Volksrepublik China von 1998 bis 2003
am 7. Dezember 2004 in Peking



2007
Globalstufe

DR. H. C. GERHARD SCHRÖDER

7. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
am 5. November 2007 in Berlin



2007
Kontinentalstufe

DR. INGO FRIEDRICH

Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments
am 28. Februar 2007 in München



Markus Neudek, Vorstandsvorsitzender Optimal AG & Co. KG, Langenbach (li.)
und **Dr. Hubertus Kolster**, Managing Partner, CMS Hasche Sigle, Berlin



Lutze von Wurmb, Vizepräsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, Uetersen (li.) und **Dr. Rudolf Strohmeier**,
Stellv. Generaldirektor der Generaldirektion für Forschung und Innovation
der Europäischen Kommission, Brüssel



Dr. Friedrich Homann, Ministerialdirektor a.D., Präsidialbeirat UMU, Bonn (li.)
und **Hans-Jürgen Bartsch**, Consultant Commerzbank AG, Ehrenpräsident
Deutsche Olympische Gesellschaft Landesverband Berlin



August Forster, Präsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau
e.V., Bonn (li.) im Gespräch mit dem Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung
und Parl. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium **Ernst Burgbacher**



Dr. Martin Sorg, Beirat Würth-Gruppe, Berlin (li.)
und **Marcus Mayer**, GleissLutz, Berlin



v.l. **Dr. Bernd Thiemann**, Beirat Würth-Gruppe, Berlin, **Hildegard
Thiemann**, Prof. Dr. h.c. **Dieter Stolte**, ZDF-Intendant a.D., Berlin



Martin Klein, Geschäftsführer VOTUM Verband Unabhängiger Finanzdienstleis-
tungs-Unternehmen in Europa e.V., Hamburg (li.) und **Hans-Jürgen Schneider**,
Präsident Bundesverband Deutscher Brandschutzexperten e.V., Stadtallendorf



Rainer Funke, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Hamburg (li.)
und **Dr. Martin Fritz**, Persönlich haftender Gesellschafter
der Fürst Fugger Privatbank KG, Augsburg



Erwin Bindegger, Vorsitzender Union Beratender Ingenieure U.B.I.-D - Bayern,
München (li.) und **Reinhard Jo Billstein**, Vorsitzender Landesgruppe NRW
Verband Deutscher Architekten e.V., Köln



Isa Gräfin von Hardenberg, Geschäftsführende Gesellschafterin Harden-
berg Concept, Berlin und **Dr. Hermann Freiherr von Richthofen**,
Senior Adviser Barclays Capital, Berlin



Gesa Vogt, Berlin und **Axel Döhner**, Direktor
Wealth Management BW-Bank, Stuttgart



v.l. **S.E. Marnix Krop**, Botschafter der Niederlande in Berlin,
Jürgen Engert, Gründungsdirektor ARD-Hauptstadtstudio, Berlin,
Ulrich Böcker, Rechtsanwalt Hümmerich & Bischoff, Berlin



Gunda Magenau, Geschäftsführende Gesellschafterin Zeitarbeit GmbH, Remseck (li.) und Dr. Sabine Kremer, Freie Architektin, München



v.l. Hans-Reiner Schröder, Leiter der BMW Group, Berlin, Dr. Nikolaus Förster, Chefredakteur Unternehmernmagazin impulse, Hamburg, Hans-Werner Zeschky, Präsident Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V., Berg, Wolfgang Leiber, Präsident VOTUM Verband Unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa e.V., Kalchreuth



v.l. Dr. Christian Schleithoff, Bundeskanzleramt, Berlin, Dr. Heike Grimm, Vize-Direktorin Willy Brandt School of Public Policy Universität Erfurt, Udo von Massenbach, President American German Business Club, Berlin



Dr. Betina Richter, Seiler GbR und Dr. Winfried Pfleger, Union Freier Berufe e.V., Bad Sassendorf



Hagen Graf Lambsdorff, Botschafter a.D., Berlin (li.) und Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Wagner, Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Greifswald



Der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen im Gespräch mit Gunther Schilling, Leiter Länder- und Ratingdienste FAZ-Institut GmbH, Frankfurt



Michael Straub, Vizepräsident Zentralverband Deutscher Ingenieure e.V., München (li.) und Dr. Gernot von Grawert-May, Berlin



v.l. Klaus D. Vogt, Unternehmer, New Rochelle/USA, Berlin, Jörg Woltmann, Alleingesellschafter Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin, Dr. Jürgen Sudhoff, Staatssekretär a.D., Berlin



v.l. Dr. Martin Posth, Vorstand der VW AG a.D., Berlin, Dr. Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender KfW-Bankengruppe, Frankfurt, Dr. Matthias Schürgers, Beauftragter des UMU-Präsidiums, Ministerialdirektor a.D., Berlin



Dina Treu, Unternehmensberatung, München und Walter Röhemeier, Vorstand IMU e.V., Bleckede

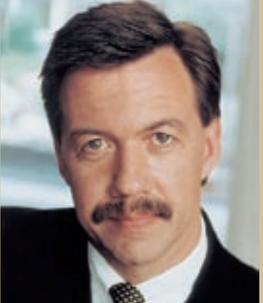
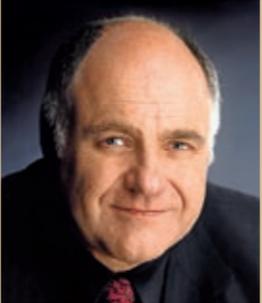


Elfriede Biedermann, Präsidentin Verband Deutscher Architekten e.V., Feldafing und Volker Knittel, Vizepräsident Europäisches Wirtschaftsforum e.V., München



v.l. Hans Eike von Oppeln-Bronikowski, Rechtsanwalt und Notar, Berlin und Gebhard von Moltke, Hauptgeschäftsführer Deutsch-Britische Gesellschaft e.V., Berlin

Die Träger des Deutschen Elite- / UMU-Mittelstandspreises

<p>1994</p> <p>Dr. Ingo Friedrich</p> <p>damaliger Abgeordneter und späterer Vizepräsident des Europäischen Parlaments</p> 	<p>1995</p> <p>Gunnar Uldall</p> <p>damaliger wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und späterer Wirtschaftsminister von Hamburg</p> 	<p>1996</p> <p>Dr. Hermann Otto Solms MdB</p> <p>damaliger Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und heutiger Bundestagsvizepräsident</p> 	<p>1997</p> <p>Gerhard Schröder</p> <p>7. Bundeskanzler der BR Deutschland, damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen</p> 
<p>1998</p> <p>Dr. Edmund Stoiber</p> <p>damaliger Ministerpräsident des Freistaates Bayern</p> 	<p>1999</p> <p>Wolfgang Clement</p> <p>damaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen</p> 	<p>2000</p> <p>Christine Scheel MdB</p> <p>damalige Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages</p> 	<p>2001</p> <p>Dr. Walter Döring</p> <p>damaliger Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg</p> 
<p>2002</p> <p>Roland Koch</p> <p>damaliger Ministerpräsident von Hessen</p> 	<p>2003</p> <p>Friedrich Merz</p> <p>damaliger stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</p> 	<p>2004</p> <p>Rezzo Schlauch</p> <p>damaliger Parlament. Staatssekretär im BMWA, Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung</p> 	<p>2005</p> <p>Kurt Beck MdL</p> <p>Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz</p> 
<p>2006</p> <p>Dieter Althaus</p> <p>damaliger Ministerpräsident des Freistaates Thüringen</p> 	<p>2007</p> <p>Erwin Huber MdL</p> <p>damaliger Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie</p> 	<p>2008</p> <p>Prof. Dr. Andreas Pinkwart</p> <p>damaliger Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung u. Technologie in Nordrhein-Westfalen</p> 	<p>2009</p> <p>Hartmut Schauerte</p> <p>damaliger Parlament. Staatssekretär im BMWi, Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung</p> 
<p>2010</p> <p>Günther H. Oettinger</p> <p>EU-Kommissar für Energie</p> 	<p>2011</p> <p>Rainer Brüderle MdB</p> <p>Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und Bundesminister für Wirtschaft und Technologie a.D.</p> 		

IMPRESSUM

UNION MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN e.V. - UMU • Wir Eigentümerunternehmer

D-80686 München · Edelsbergstr. 8 | Tel. (089) 57 007-0 · Fax (089) 57 007 260

E-Mail: info@umu.de · www.umu.de

Alle Rechte vorbehalten.

Druck oder Vervielfältigung, ganz oder teilweise, auf Anfrage gestattet.

Herausgeber: VM Verbands-Management GmbH, Edelsbergstr. 8, D-80686 München

Redaktion/verantwortlich: Dipl.-Kfm. Johann Stigler

Druck: Druckerei Kieckens GmbH, München

Bezug/Bestellung: schriftlich an die UMU